



12/SN-41/ME

## BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORT

Sachbearbeiter: Dr. JAUK-KOCJAN  
Tel.: 53120/2367 DW

Zl. 12.937/3-III/3/87

An das  
Präsidium des Nationalrates

Parlament  
1010 WIEN

12/SN-41/ME	
Zl.	41 -GE/9 87
Datum:	17. AUG. 1987
Verteilt:	17. AUG. 1987

*Handwritten signature: H. Klavon*

Entwurf eines Bundesgesetzes über Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für das Leben und die Gesundheit von Menschen durch Luftverunreinigungen (Smogalarmgesetz); Stellungnahme

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport übermittelt in der Anlage 25 Ausfertigungen einer Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes über Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für das Leben und die Gesundheit von Menschen durch Luftverunreinigungen.

Beilage

Wien, 13. August 1987  
Für den Bundesminister:  
Dr. RONOVSKY

F.d.B.d.A.;

*Triller*

**BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORT**

Sachbearbeiter: Dr. JAUK-KOCJAN  
Tel.: 53120/2367 DW

Zl. 12.937/3-III/3/87

An das  
Bundesministerium für  
Umwelt, Jugend und Familie

in WIEN

Entwurf eines Bundesgesetzes über Maßnahmen  
zur Abwehr von Gefahren für das Leben und die  
Gesundheit von Menschen durch Luftverunrei-  
nungen (Smogalarmgesetz); Stellungnahme  
Zu Zl. I-32191/16-3/87

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport erlaubt sich,  
zu dem mit Zl. I-32191/16-3/87 übermittelten Entwurf eines Smog-  
alarmgesetzes folgende Stellungnahme zu übermitteln:

Gegen die im Entwurf vorgesehenen Maßnahmen zum Schutze gegen Ge-  
fahren, die der öffentlichen Ordnung durch Luftverunreinigungen,  
welche das Leben und die Gesundheit von Menschen schädigen, drohen,  
bestehen aus ho. Sicht grundsätzlich keine Bedenken. Insbesondere  
werden jene Regelungen, die den Schutz der schulbesuchenden Jugend  
vor derartigen Gefahren zum Inhalt haben, begrüßt.

Unabhängig davon darf zu der in § 10 Abs. 1 Z 5 des Entwurfes vorge-  
sehenen Schulfreierklärung durch den Landeshauptmann bei Auslösung  
der Smogalarmstufen 1 und 2 darauf hingewiesen werden, daß die  
generelle Zuständigkeit des Landeshauptmannes zu dieser Maßnahme im  
Hinblick auf die verfassungsmäßig und einfachgesetzlich festgelegten  
Behördenzuständigkeiten der Bundes- und Landesverwaltung problema-  
tisch ist. Das Schulzeitgesetz 1985, BGBl.Nr. 77/1985, sieht für be-  
stimmte Schulen in Katastrophenfällen die Möglichkeit einer Schul-  
freierklärung durch die Schulbehörde erster Instanz bzw. den Bundes-  
minister für Unterricht, Kunst und Sport vor. Ob hier eine vom ver-  
fassungsrechtlichen Standpunkt bedenkliche Kollision von Zuständig-  
keiten vorliegt, wird jedoch durch den hiefür federführend zuständi-  
gen Verfassungsdienst zu prüfen sein. Die Regelung einer entspre-  
chenden Koordination mit den das Smogalarmgesetz vollziehenden Be-  
hörden erschiene wünschenswert.

In § 10 Abs. 4 sind Schulen von der Anordnung zur Stilllegung von Anlagen gemäß Abs. 1 Z 2 nicht ausgenommen. Es wird daher eine Berücksichtigung auch von öffentlichen bzw. privaten Schulen angeregt, denn die Stilllegung von Anlagen in Schulen kommt in der Heizperiode praktisch einer Schulfreierklärung gleich. In Abs. 4 sind andererseits Anlagen zur Warmwasserbereitung von der Anordnung zur Stilllegung ausgenommen. Was darunter zu verstehen ist, ist nicht ganz klar. Wenn darunter auch die Heizwarmwasserbereitung verstanden wird, ist damit ein Großteil der Bundesschulen von der Anordnung zur Stilllegung ausgenommen, da die Bundesschulen überwiegend über Warmwasserzentralheizungsanlagen verfügen, die entweder mit Heizöl oder Erdgas befeuert werden. In städtischen Gebieten sind eine Reihe von Bundesschulen an bestehende Fernwärmenetze angeschlossen. Hier entsteht die Schadstoffbelastung nicht beim Verbrauch in der Schule, sondern beim Wärmeerzeuger. Dies trifft im Prinzip auch für elektrisch geheizte Bundesschulen zu.

Unter einem ergehen 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates.

Wien, 13. August 1987

Für den Bundesminister:

Dr. RONOVSKY

E.d.R.d.A.:  
*Piceller*